

# Aktivistin soll keine Lehrerin werden

Zu links für den Schuldienst? Bayern will Studentin und Klimaschützerin das Referendariat verwehren

Von Timon Naumann  
und Christine Ulrich

**München/Berlin.** Der Klimaaktivistin Lisa Poettinger droht eine Nichtzulassung zum Referendariat im bayerischen Schuldienst. Die 28-Jährige wird vom bayerischen Kultusministerium verdächtigt, eine verfassungsfeindliche Gesinnung zu vertreten – und sei daher ungeeignet für den Staatsdienst. Ein Präzedenzfall, der viele juristische Fragen aufwirft. In den sozialen Medien entbrannte eine Debatte. Zuerst hatte die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) über den Fall berichtet.

Von der Demo ins Klassenzimmer: Nach ihrem abgeschlossenen Lehramtsstudium mit der Fächerkombination Englisch, Ethik und Deutsch als Zweitsprache wollte die Klimaaktivistin Lisa Poettinger Referendarin an einem Gymnasium werden. Doch daraus wird erst einmal nichts. Denn auch wenn laut Ministerium eine finale Entscheidung noch aussteht und der Fall „derzeit geprüft wird“, kann die Münchnerin ihr Referendariat aktuell nicht antreten. Eigentlich sollte es im Februar starten.

Poettinger hatte am 22. November 2024 vom bayerischen Kultusministerium ein Anhörungsschreiben erhalten, in dem es um ihre Teilnahme am „Offenen Antikapitalistischen Klimatreffen München“ geht. Die Gruppe steht auf einer Liste des Freistaats mit „extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen“. Anwärter für den öffentlichen Dienst müssen angeben, ob sie einer dieser Vereinigungen angehören.

Dazu kommt: Poettinger bezeichnet sich als Marxistin. In einem an die 28-Jährige gerichteten Bescheid, der der SZ vorliegt, bezieht sich das Ministerium auf ihre Kritik an der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in München. Darin heißt es: „Gegenüber der ‚Süddeutschen Zeitung‘ (SZ) äußerten Sie als Sprecherin von #noIAA am 05.09.2021, dass die Messe ein ‚Symbol für Profitmaximierung auf Kosten von Mensch, Umwelt und Klima‘ sei.“ Die Schlussfolgerung des von den Freien Wählern geführten Ministeriums: „Profitmaximierung“ sei eine der „kommunistischen Ideologie zuzuordnende Wendung“. Eine Ideologie, die



Wollte ihr Lehramtsreferendariat eigentlich im Februar antreten: Lisa Poettinger bei einer Pressekonferenz der Linken im Mai 2023. FOTO: IMAGO/MUFKINPHOTOS

nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Schon diese begriffliche Schlussfolgerung wirft Fragen auf: Der Begriff „Profitmaximierung“ ist keineswegs nur unter Marxisten gebräuchlich, sondern wird etwa auch von deutschen Gewerkschaften oder Papst Franziskus kritisch verwendet.

Außerdem dürfe die Selbstbezeichnung als Marxistin eigentlich nicht mit dem Grundgesetz in Konflikt stehen, erklärt Ulrich Battis, emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Humboldt-Universität Berlin. „Um den

Fall rechtlich bewerten zu können, wäre es wichtig, die vollständige Begründung des Kultusministeriums zu kennen“, sagt Battis gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).

Grundsätzlich gelte jedoch: „Die Selbstbezeichnung als Marxistin sowie das Engagement im Klimaaktivismus sind keine Hinderungsgründe für den Lehrerberuf“, sagt Battis. Das Grundgesetz enthalte keine Vorgaben zu einer bestimmten Wirtschaftsordnung, und auch sozialistische Positionen seien durch die Meinungsfreiheit gedeckt.

Das Kultusministerium interpretiert die Wortwahl derweil anders: Die Klimaaktivistin stelle nicht nur die freie Marktwirtschaft, sondern gleich die gesamte freiheitliche liberale Grundordnung infrage. Widerspruch kommt von Poettinger selbst: Die 28-Jährige sagt, sie sei eine überzeugte Anhängerin des Grundgesetzes.

Trotzdem laufen gegen Poettinger aktuell diverse Strafverfahren. Laut Poettingers Anwältin Adelheid Rupp ist der Ausgang von den laufenden Strafverfahren abzuwarten. Poettinger hatte ein AfD-Wahlplakat zerstört und bei einer Demonstration gegen Kohleabbau in Lützerath Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geleistet. Das zu erwartende Strafmaß werde aber „nicht geeignet sein, um ein Berufsverbot zu rechtfertigen“, ist Rupp überzeugt.

Der Rechtsprofessor sieht darin

einen möglichen Grund für die vorläufige Ablehnung: „Zwar gilt im Strafrecht die Unschuldsvermutung, doch wenn gegen eine angehende Lehrkraft schwerwiegende Verfahren anhängig sind, kann dies ein Grund sein, die Aufnahme ins Referendariat vorerst zu verweigern“, sagt Battis.

Und jetzt? „Die Aktivistin kann gegen die Entscheidung des Kultusministeriums vor dem Verwaltungsgericht klagen. Das Verfahren würde dann klären, ob sie die persönlichen und charakterlichen Eignungsvoraussetzungen erfüllt“, sagt Battis. Entscheidend könnte dabei sein, ob sich aus den laufenden Strafverfahren Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Aktivitäten oder schwerwiegende Verfehlungen ergeben. Sollten sich diese Vorwürfe erhärten oder sogar Vorstrafen vorliegen, könnte dies die Ablehnung rechtfertigen.

Am 16. Dezember hatte Poettinger eine Antwort ans Kultusministerium verfasst. Aktuell wird der Fall „geprüft“. Die 28-Jährige hat ihr erstes Staatsexamen abgeschlossen und arbeitet derzeit in einem Kindergarten. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), in der Poettinger Mitglied ist, garantiert ihr Rechtsschutz für ein wahrscheinlich bevorstehendes Verwaltungsverfahren, sagte die Münchner GEW-Geschäftsführerin Siri Schultze. Zudem unterstütze die GEW sie juristisch gegen ein mögliches Ausbildungsverbot.

Die Selbstbezeichnung als Marxistin sowie das Engagement im Klimaaktivismus sind keine Hinderungsgründe für den Lehrerberuf.

Ulrich Battis,  
emeritierter Professor  
für Staats- und Verwaltungsrecht an  
der Humboldt-Universität Berlin

## Belgische Regierung will harten Kurs

Bart De Wever führt Koalition aus fünf Parteien

Von Nina Gödecker

**Brüssel.** Belgien hat einen neuen Regierungschef. Bart De Wever von der flämisch-nationalistischen Partei N-VA legte am Montagmorgen seinen Amtseid ab. „Ich schwöre dem König Treue“, sagte er und richtete dabei den Blick auf König Philippe, den seit 2013 amtierenden Monarchen eines Königshauses, für das De Wever lange nur Verachtung übrig hatte, weil es das alte Konzept der belgischen Einheit verkörperte.

De Wever verfolgte lange das Ziel, die Nation aufzuspalten, die staatlichen Strukturen auszuhöheln und dem nördlichen Flandern auf Kosten der übrigen Landesteile mehr Autonomie zu verleihen. Inzwischen sind die kühnen Forderungen nach einer flämischen Unabhängigkeit der Hoffnung auf einen allmählichen Wandel und ein erneuertes Gleichgewicht zwischen dem niederländischsprachigen Flandern mit 6,7 Millionen Einwohnern, dem frankophonen Wallonien mit 3,7 Millionen Einwohnern und dem mehrsprachigen Brüssel mit 1,2 Millionen Einwohnern gewichen.

Der Ministerpräsident und führende Minister legten ihre Eide auf Niederländisch und Französisch ab. Mehrere andere Vertreter des 15-köpfigen Regierungsteams, dem nur drei Frauen angehören, wählten ihre jeweilige Sprache bei der kurzen Zeremonie. Wenn man sich nicht beteilige, gehe man mit Sicherheit leer aus, sagte De Wever der Zeitung „De Standaard“.

„Wir werden eine Regierung haben, die den Haushalt aufräumt, eine faire Sozialpolitik umsetzt, Arbeit belohnt, die strengste Migrationspolitik aller Zeiten umsetzt, den Atomausstieg abschafft und in Sicherheit investiert“, teilte die N-VA mit. Sie hatte sich mit vier weiteren Parteien auf eine Koalition verständigt.



Vereidigt: Bart De Wever ist neuer Regierungschef in Belgien.

FOTO: IMAGO/PHILIP REYNAERS



Ist Kapitalismuskritik verfassungsfeindlich? Demonstration zum globalen Klimastreik in München im März 2022. FOTO: IMAGO/LEO SCHÖWERLING

## Trump verzichtet vorerst auf Zölle gegen Mexiko

US-Präsident spricht von „sehr freundlicher Unterhaltung“ mit seiner Amtskollegin Sheinbaum – 10.000 Soldaten sollen Drogenschmuggel unterbinden

Von Andreas Schwitzer

**Washington.** Die USA werden – zumindest vorerst – doch keine Zölle auf Waren aus Mexiko erheben. US-Präsident Donald Trump teilte am Montag in seinem Netzwerk Truth Social mit, die geplanten Zölle würden nach einem Entgegenkommen Mexikos für einen Monat ausgesetzt, während weiter verhandelt werde. Die Zölle auf Waren aus Kanada und China sollen aber wie geplant am Dienstag in Kraft treten.

Trump verkündete die Vereinbarung nach einer – wie er schrieb – „sehr freundlichen Unterhaltung“ mit der mexikanischen Staatschefin Claudia Sheinbaum. Diese erklärte auf der Plattform X, Mexiko werde 10.000 Soldaten der Nationalgarde

an der gemeinsamen Grenze postieren, um den Drogenschmuggel von Mexiko in die USA zu unterbinden, insbesondere den Handel mit Fentanyl. Der Schmuggel von Fentanyl war neben illegaler Migration einer der Gründe gewesen, die Trump für die Zölle gegen das Nachbarland genannt hatte.

Sheinbaum schrieb auf X, die USA würden sich im Gegenzug dafür einsetzen, den Schmuggel von Hochleistungswaffen nach Mexiko zu unterbinden. Jetzt gehe es darum, einen „echten Deal“ mit Mexiko zu erzielen, schrieb Trump. Auf US-Seite sollen dabei Außenminister Marco Rubio, Finanzminister Scott Bessent und Handelsminister Howard Lutnick verhandeln. Ob es auch mit Kanada konkrete Gesprä-

che gab, die Zölle noch irgendwie auszusetzen, war unklar. Trump berichtete aber, er habe am Montagmorgen mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau gesprochen und werde am Nachmittag noch einmal mit ihm telefonieren. Kanada hatte – ebenso wie bis zur vorübergehenden Einigung auch Mexiko – angekündigt, im Gegenzug für Trumps Handelshemmnisse Zölle auf Waren aus den USA einzuführen.

In seinem Social-Media-Beitrag wiederholte Trump seine Beschwerden, dass Kanada sich nicht kooperativ verhalte – trotz einer jahrzehntelangen Freundschaft beider Länder und Partnerschaften. „Kanada erlaubt US-Banken nicht einmal, dort zu öffnen oder Geschäfte zu



Will einen „echten Deal“ mit Mexiko: US-Präsident Donald Trump hat die geplanten Zölle gegen das Land für einen Monat ausgesetzt. FOTO: E. VUCCI/AP/DPA

führen“, schrieb Trump. „Woran liegt das? Viele solche Dinge, aber es ist auch ein DROGENKRIEG, und Hunderttausende Menschen sind in den USA an Drogen gestorben, die über die Grenzen von Mexiko und Kanada eingeschleust wurden.“ Finanzmärkte, Unternehmen und Verbraucher bereiteten sich derweil auf die Folgen der neuen Zölle vor.

Für mexikanische Waren hat die US-Regierung Zölle in Höhe von 25 Prozent angekündigt, kanadische Importe in die USA sollen gleichermaßen behandelt, Energieprodukte aus dem nördlichen Nachbarland dagegen nur mit 10 Prozent Zoll belegt werden. Auf Waren aus China solle es einen Zoll in Höhe von 10 Prozent geben.